

SOZIALDEMOKRATISCHE NACHRICHTEN FÜR BAD SALZUFLEN



Die Corona-Krise hält an und die Folgen beeinträchtigen das Leben von uns allen. Dabei ist das Tragen von Mundschutz zwar lästig, aber bei weitem das kleinere Übel.

Millionen von Menschen in ganz Europa sind in Kurzarbeit, haben ihren Job oder ihre Existenz verloren, Kinder geraten in Armut oder verlieren ihre Bildungschancen.

Der Bund und das Land NRW versuchen mit Milliarden, die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie aufzufangen. Doch viele unserer Mitbürger, Betriebe und Institutionen profitieren nicht von diesem Rettungsschirm. Auch in Bad Salzuflen.

Aus dieser Erkenntnis stellte die SPD-Fraktion für die Ratssitzung am 13. Mai den Antrag, einen kommunalen Notfonds für die Menschen und Institutionen, die von keinem Rettungsschirm profitieren sind, einzurichten. Er soll Einzelpersonen, Solounternehmern, kleinen Unternehmen, Sportvereinen und Bildungseinrichtungen gezielt in ihrer Notlage helfen. Der Corona-Hilfsfonds soll zunächst einen Betrag von € 300.000 um-

fassen, jeweils 150.000 für wirtschaftliche Zwecke und 150.000 für Schul- und Bildungsmaßnahmen.



56 ANTRÄGE BEREITS EINGEGANGEN.

Der Rat stimmte mit Mehrheit – gegen die Stimmen der CDU – diesem Fonds zu.

Die Verwaltung hat dazu Ausführungsbestimmungen vorgeschlagen, die am 14. Juni mit großer Mehrheit vom Rat der Stadt gebilligt wurden, dieses Mal sogar mit den Stimmen der CDU. Als parlamentarische Vertreter bei der Bewilligung der Anträge wurde – auf Vorschlag der SPD – je ein Vertreter der FDP und der Grünen gewählt.

Seitdem können Anträge für beide "Töpfe" gestellt werden. Nach unseren Kenntnissen sind seither für den Topf 1 etwa 38 Anträge gestellt und zum großen Teil gebilligt worden. Für den Topf 2 – Bildungsbereich – waren es 18 Anträge.

Hier helfen Rat und Verwaltung unbürokratisch und schnell. Dies ist ein großer kommunaler Erfolg auf den wir stolz sind.

FAKTEN-CHECK:



So geht's nicht - Wahlkampf ist gut, aber bleiben wir bitte bei den Fakten! Die Corona-Nothilfe sollte kein Instrument zur Verunglimpfung sein.

Ausschnitt der "Bad Salzufler Morgenpost", eine Information der CDU-Ratsfraktion:

Unter dem Deckmäntelchen "sozialer Hilfe" in der Corona-Krise hat der Bürgermeister seine Wahlkampfkasse kräftig gefüllt: Auf Antrag der einzigen ihn unterstützenden Partei gewährte ihm eine Ratsmehrheit einen Geldtopf mit satten 150.000 Euro zur Verteilung nach eigenem Ermessen. Getarnt als "Corona-Hilfe-Fonds" sollen die Gelder "auf Antrag" Vereinen, Einrichtungen, Betrieben aber auch Einzelpersonen zugute kommen. Oder wie es ein Zuhörer aus der Ratssitzung anschlie-Bend kopfschüttelnd formulierte: "Wer jetzt brav sein Kreuzchen für die richtige Stelle verspricht, darf sich auf ein Foto mit Scheckübergabe durch den Bürgermeister freuen. So etwas habe ich in Bad Salzuflen noch nicht erlebt."

Die CDU veröffentlichte in ihrem parteieigenen Magazin einen Artikel, der sowohl die Corona-Nothilfe unserer Stadt im falschen Licht darstellt als auch die Politik des Bürgermeisters diffamiert.

In einer Zeit, in der Menschen durch die Corona-Krise unverschuldet in Not geraten sind, ist es von der CDU absolut verantwortungslos, die Nothilfe-Aktion für den eigenen Wahlkampf zu verunglimpfen. Bei so einem bedeutenden Thema dürfen unsere Bürger und Bürgerinnen nicht verunsichert werden. Umso notwendiger sind an dieser Stelle die Klarstellung und die Besinnung auf die Fakten, die wir in diesem Extrablatt zusammengefasst haben.

Es ist unverständlich, geradezu empörend, in welch beschämender Weise die CDU mit Unterstellungen und Verleumdungen "Wahlkampf" macht. In ihrem Artikel deutet sie zusammenhangslos Unwahrheiten an, die wild konstruiert wurden. Gespickt wurde das Ganze mit inhaltsleeren Phrasen, die als Drohgebärden wirken sollen.

Unser Fraktionsvorsitzender Eduard Böger hat dazu eine klare Meinung: "Die CDU hat nicht begriffen, dass es jenseits von Parteipolitik und Wahlkampf auch Verantwortung gibt, die wir als Rat gemeinsam für die Bürger tragen. Sie kann sich anscheinend nicht vorstellen, dass es manchmal einfach nur darum geht, in einer Notlage Menschen in Bad Salzuflen zu helfen."

+++ EILMELDUNG +++ EILMELDUNG +++ EILMELDUNG +++

3 SPD-ANTRÄGE KOMMEN DURCH DEN RAT

Großer Erfolg für uns und für

- unsere Schülerinnen und Schüler. Sie können bald nach Schulschluss und an Wochenenden kostenlos mit dem Stadtbus in der ganzen Stadt fahren.
- die Eltern von Kita-Kindern. Im August werden wegen der Corona-Pandemie keine Beiträge erhoben.
- die Einzelhändler. Im August und September gibt es in der Innenstadt 4 verkaufsoffene Sonntage, um die Verluste in der Krise z. T. kompensieren zu können.

Prima.

VON DER IDEE BIS ZUM BESCHLUSS

Wie funktioniert Politik? Welchen Weg geht ein Antrag bis zur Umsetzung? Wir zeigen es am Beispiel Corona-Nothilfe:

- Die Grundidee: Denjenigen Bürger*innen in Bad Salzuflen zu helfen, die unter der Pandemie leiden, aber nicht unter das Bundes- und Landes-Rettungspaket fallen.
- Die SPD-Fraktion formulierte einen Antrag an den Rat, einen Hilfsfonds für die Betroffenen einzurichten, der zunächst 300.000 € umfasst.
- Der SPD-Antrag definiert den möglichen Empfängerkreis: Einzelpersonen, Solo-Selbständige, kleine Betriebe und Unternehmen, Vereine, z.B. Sportvereine, Institutionen, wie die Tafel.
- In der Ratssitzung am 13. Mai werden verschiedene Möglichkeiten zur Hilfe in der Corona-Pandemie diskutiert. Der SPD-Vorschlag auf Einrichtung eines Hilfsfonds wird mit Mehrheit (u.a. gegen die Stimmen der CDU) beschlossen.
- Die Verwaltung wird beauftragt, aufgrund des SPD-Antrags eine Vorlage zur praktischen Umsetzung zu erstellen und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.
- Der Rat beschließt die Vorlage der Verwaltung in seiner Sitzung am 14. Juni mit sehr großer Mehrheit, u.a. auch mit den Stimmen der CDU.
- Auf Wunsch des Rates wird beschlossen, dass neben den jeweiligen Fachämtern auch 2 Vertreter des Rates an der Vergabe beteiligt werden. Der Bürgermeister gehört dem Auswahlgremium nicht an.
- Die SPD schlägt vor, für diese parlamentarische Begleitung je einen Vertreter von FDP und den Grünen zu wählen. So geschieht es.
- Bisher sind ca. 48 Anträge eingegangen und werden bearbeitet. Die ersten Bescheide sind bereits ergangen.

IMPRESSUM

SPD Extrablatt

Herausgeber: SPD-Stadtverband Bad Salzuflen, Eduard Böger

Verantwortlich: Hirschberger Str. 45, 32105 Bad Salzuflen, Tel. 05222 10785

Druck: Hans Gieselmann Druck und Medienhaus GmbH & Co. KG



